



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 42/18 • 22.11.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

am 21. November hat die KOM das Herbstpaket angenommen, das den Beginn des Zyklus 2019 des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellt. Das Paket beruht auf der Herbstprognose 2018 und den von Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2018 genannten Prioritäten.

Konkret hat die KOM den Jahreswachstumsbericht vorgelegt, in dem die allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Prioritäten für die EU dargelegt und den Mitgliedstaaten politische Leitlinien für das Folgejahr vorgegeben werden. Außerdem wurden der Warnmechanismus-Bericht 2019, der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2019, die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets, Stellungnahmen zu den Übersichten über die Haushaltsplanung der Euro-Länder und der Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands vorgelegt sowie eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts getroffen.

Die KOM fordert im nächsten Schritt den Rat auf, das Paket zu erörtern und die Leitlinien zu billigen. Sie strebt die Debatte mit dem EP über die politischen Prioritäten für die EU und den Euro-Raum an.

Detailliertere Informationen finden Sie unter folgendem [Link](#)

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen  
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
Vertretung bei der Europäischen Union





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäisches Parlament – „Das tut die EU für Mich!“	
• Europäisches Parlament – Rechte von Bahnreisenden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste	
• Europäisches Parlament – Deckelt Preise für Anrufe innerhalb der EU, billigt Notfallwarnsystem	
• Europäisches Parlament – Der Lux-Filmpreis 2018 geht an den Film „Gegen den Strom“	
• Europäische Kommission – Förderung für umweltfreundlichere Busse in Deutschland	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>9</b>
• EU-Satellitenavigation Galileo nun auch in den USA	
• Genschere - Wissenschaftliche Berater für Änderung des EU-Gentechnikrechts	
• Neuer Leitfaden über Studiengebühren und Beihilfen in ganz Europa	
• Europäische Säule der sozialen Rechte	
• Nachdrückliche Unterstützung für UN-Migrationspakt bekräftigt	
• Europäische Zahnärzte kritisieren Ausbreitung von Dentalketten – Systemrisiko zu Lasten des Patientenschutzes	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>13</b>
• Tagung der Arbeitsgruppe Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz am 14. und 15. November 2018 in Brüssel	
• Informationsveranstaltung Erasmus+ am 15. November 2018 in Magdeburg - „Andersartigkeit nicht als Bedrohung, sondern als Chance begreifen ...“	
• Europäische KMU-Woche 2018	
• Seminarreise „Europäische Institutionen im Blick I“	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>19</b>
• KOM – Stellenausschreibung Europäischer Generalstaatsanwalt	
• College of Europe – Stipendien	
• Ausschreibung zur Initiative „Europäisches Kulturerbe-Siegel“ veröffentlicht	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>21</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>24</b>
• Tipp - Eine Zusammenfassung der Informationen zur Brüsseler Umweltzone	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>27</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>28</b>





# Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäisches Parlament – „Das tut die EU für Mich!“

[Das-tut-die-EU-fur-mich.eu](#) wurde am 14. November Woche vom Präsidenten des Europäischen Parlaments **Antonio Tajani** veröffentlicht. Die Internetseite bietet hunderte leicht zu lesende Texte mit Beispielen, welche positiven Unterschiede die EU im Leben der Menschen erzeugt. Die interaktive, mehrsprachige Online-Webseite wurde vom wissenschaftlichen Dienst des EP zusammengestellt. Die Nutzer können sich leicht darüber informieren, was Europa für ihre Region, ihren Beruf oder ihre Freizeitaktivität tut.



### In meiner Region' – 1400 Texte zu Regionen und Städten in der EU

Wie ist Europa in unseren Gemeinden, Städten und Regionen präsent? Wie hat die EU eine bestimmte Region unterstützt? Dieser [Abschnitt der Internetseite](#) deckt über 1400 Gemeinden, Städte und Regionen in allen Teilen der Europäischen Union ab.



Magdeburger Dom im Morgenlicht | © Uwe Graf | Fotolia

Jeder Text bietet eine Momentaufnahme von einigen der vielen EU-Projekte und -Aktivitäten an Orten, an denen Menschen leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Nutzerinnen und Nutzer können ein Gebiet auf einer interaktiven Karte auswählen und sehen, was Europa dort geleistet hat. Und es gibt nützliche Links zu weiteren Informationsquellen.

### In meinem Leben' – 400 Texte zu Bürgerinnen und Bürgern und sozialen Gruppen



Wie beeinflusst Europa den Alltag der Menschen? Welchen Einfluss hat es auf unsere Berufe, unsere Familien, unser Gesundheitswesen, unsere Hobbies, unsere Reisen, unsere Sicherheit, unsere Auswahl als Verbraucherinnen und Verbraucher und unsere sozialen Rechte?

Dieser [Abschnitt der Internetseite](#) bietet praktische Beispiele, welche Rolle die EU in verschiedenen Lebensbereichen der Menschen spielt. Es gibt nützliche Links zu weiteren Informationsquellen und Sie können auch eine Serie von [Podcasts](#) in einer zunehmenden Anzahl von Sprachen zu diesen Themen hören.



## EU-Politiken 'Im Fokus'

Ein dritter [Abschnitt der Internetseite](#) wird eine Serie von 24 längeren Analysen beinhalten. Diese präsentieren einige der politischen Errungenschaften der EU in der gegenwärtigen Legislaturperiode und sie bieten einen Ausblick auf die Zukunft mit einem speziellen Fokus auf die öffentliche Meinung und die Anliegen und Erwartungen der Menschen.



Ein neu etabliertes Referat, Verknüpfung **der Ebenen' (Linking the Levels)**, wurde gegründet um systematisch Kontakte und verstärkte Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren aller Ebenen des lokalen Regierungshandelns zu entwickeln, in dem Politikzyklus sowie bei anderen EU-Angelegenheiten. Ziel unserer Arbeit ist es, evidenzbasierte Politikgestaltung und Kontrolle der Exekutive zu fördern.

**Es werden Rückmeldungen über die Verwendung des Materials entgegen genommen**, ebenso wie allgemeine Überlegungen zum umfassenden und längerfristigen Verstärkung der Beziehungen mit dem Europäischen Parlament. Bei Fragen oder dem Bedürfnis mehr über unsere Leistungen zu erfahren, kann der Bürger sich gerne jederzeit an [EPRS-LinkingLevels@europarl.europa.eu](mailto:EPRS-LinkingLevels@europarl.europa.eu) wenden. *.eag Quelle: RundmailEPRS vom 16. November 2018*

## Europäisches Parlament – Rechte von Bahnreisenden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste



Die aktualisierten Rechte für Zugreisende sollen höhere Entschädigungen bei Verspätungen und eine bessere Unterstützung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität umfassen.

Die Abgeordneten haben sich für eine Reihe von Änderungen der [Vorschriften von 2009](#) ausgesprochen. Ziel ist, eine bessere Unterstützung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, einen besseren Zugang für Radfahrer und klarere Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten die Eisenbahnunternehmen die Fahrgäste besser über ihre Rechte informieren und die Entschädigung der Pendler im Falle von Verspätungen erhöhen.

Die Abgeordneten erhöhten die Entschädigung für Verspätungen von mehr als einer Stunde, von 25% auf 50% des Preises der Fahrkarte. Die Fahrgäste haben neben dem Recht auf Entschädigung auch das Recht, die Fahrt fortzusetzen oder umgeleitet zu werden.

Die Fahrgäste hätten nach den Vorschlägen des Parlaments Anspruch auf eine Entschädigung von 75% des Fahrpreises bei einer Verspätung von 91 bis 120 Minuten, und auf die Rückerstattung des gesamten Fahrpreises bei einer Verspätung von mehr als zwei Stunden.

Um zu vermeiden, dass Fahrgäste nach einer verpassten Verbindung festsitzen, haben die Abgeordneten klargestellt, dass ein Fahrgast, der getrennte Fahrkarten für eine einzige Fahrt erhält, die aus mehreren Teilstrecken besteht, für die gesamte Fahrt von der Abfahrt bis zum Zielort die gleichen Ansprüche auf Information, Hilfeleistung, Betreuung und Entschädigung wie bei einer Durchgangsfahrkarte hat.



Die Abgeordneten lehnten auch Vorschläge ab, die darauf abzielten, die Eisenbahnunternehmen von der Zahlung von Entschädigungen im Falle von „außerordentlichen Umständen“ auszunehmen.

Unterstützung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität sollte kostenfrei und an größeren Bahnhöfen ohne vorherige Ankündigung verfügbar sein.

Die Abgeordneten verkürzten auch die Frist für die vorherige Meldung, falls Hilfe an kleineren Bahnhöfen erforderlich ist, und haben die Verantwortung der Eisenbahnunternehmen und Bahnhöfbetreibern hinsichtlich einer umfassenden Entschädigung für betroffene Passagiere genau festgelegt, wenn die spezielle Ausrüstung für Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität verloren oder beschädigt sein sollte.

Die Fahrgäste haben Anspruch auf Mitnahme von Fahrrädern im Zug, auch in Hochgeschwindigkeitszügen, Langstreckenzügen, grenzüberschreitenden Zügen und lokalen Zügen, so der angenommene Text. Alle neuen oder modernisierten Reisezüge müssen über einen gut gekennzeichneten Bereich verfügen, der für die Beförderung von montierten Fahrrädern vorgesehen ist.

Die Abgeordneten haben auch ein früheres Ende befristeter Ausnahmen unterstützt, die von einer Reihe von Mitgliedstaaten in Anspruch genommen werden, um die Fahrgastvorschriften von 2009 für den inländischen Eisenbahnverkehr nur teilweise anzuwenden. Diese Ausnahmen sollten spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften enden.

Die Vorschriften sollen auch für den Eisenbahnvorortverkehr gelten.

Die Abgeordneten haben die Position des Parlaments zur Überarbeitung der Regeln für die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr mit 533 Stimmen angenommen, bei 37 Gegenstimmen und 47 Enthaltungen. Sobald der Rat seinen Standpunkt festgelegt hat, können die Verhandlungen über den endgültigen Wortlaut der neuen Vorschriften beginnen.

• eag Quelle: PM EP

6

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäisches Parlament – Deckelt Preise für Anrufe innerhalb der EU, billigt Notfallwarnsystem



Die Abgeordneten haben das Telekom-Paket gebilligt, das die Kosten für Anrufe innerhalb der EU begrenzt. Auch sollen ab 2020 superschnelle 5G-Netze europaweit bereitstehen.

Zudem wird für Notfälle ein neues Warnsystem geschaffen. Das Europäische Parlament bestätigte am 14. November die mit dem Ministerrat im Juni erzielten vorläufigen Einigungen über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (EWGC) mit 584 Stimmen, 42 Gegenstimmen und 50 Enthaltungen und über das Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) mit 590 Stimmen, 63 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen.

Die neuen Regeln bieten Bürgerinnen und Bürgern superschnelle Internetverbindungen. Anrufe innerhalb der EU werden sicherer und wesentlich günstiger. Gleichzeitig schaffen klare regulatorische Vorgaben ein sicheres Umfeld für die sehr hohen Investitionen der Telekommunikationsunternehmen in 5G-Mobilfunknetze.

Bereits seit 2017 müssen EU-Bürger dank der EU-Regeln für das Roaming zu Inlandspreisen auf Reisen in anderen EU-Ländern keine zusätzlichen Roamingentgelte bezahlen. Die neue Gesetzgebung begrenzt nun ab dem 15. Mai 2019 auch Anrufe in ein anderes EU-Land auf 19 Cent pro Minute. Nur maximal 6 Cent dürfen dann für eine Textnachrichte (SMS) verlangt



werden. So wird es für alle erschwinglich, mit Freunden und Familie in anderen EU-Mitgliedstaaten in Kontakt zu bleiben.

Darüber hinaus verschärft die Gesetzesreform bestehende Sicherheitsanforderungen, etwa für die Verschlüsselung der Inhalte, und schützt so Smartphone-Nutzer besser, auch wenn sie webbasierte Dienste wie Skype oder WhatsApp nutzen. So wird es in Zukunft möglich sein, eine Telefonnummer bis zu einem Monat nach Beendigung eines Vertrages aufzubewahren. Wer nach Beendigung eines Prepaid-Vertrages noch ungenutztes Guthaben hat, muss entschädigt werden. Ein Recht auf Entschädigung durch den Vertragsanbieter gibt es bei ungenügenden Leistungen.

Schließlich müssen die Mitgliedstaaten die Einführung von 5G erleichtern, indem sie bis 2020 ein geeignetes Spektrum zur Verfügung stellen. So soll das Ziel der "EU-5G-Roadmap" erreicht werden, bis 2020 in mindestens einer Großstadt in jedem EU-Land ein 5G-Netz aufzubauen. Die neuen Rechtsvorschriften schaffen die nötige Investitionssicherheit und fördern die Risiko- und Kostenteilung zwischen den Telekommunikationsbetreibern. So werden ausreichende Investitionen in Infrastruktur und 5G-Netze sichergestellt.

Im Falle eines schweren Notfalls oder einer Katastrophe müssen betroffene Bürgerinnen und Bürger durch SMS oder mobile Apps gewarnt werden. Die Mitgliedstaaten haben 42 Monate Zeit, um das System nach Inkrafttreten der Richtlinie einzuführen.

Nach der endgültigen Verabschiedung durch den Rat haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, um nationale Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie zu erlassen. Die Preisobergrenzen treten aber bereits am 15. Mai 2019 in Kraft. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

7

## Europäisches Parlament – Der Lux-Filmpreis 2018 geht an den Film „Gegen den Strom“

Die isländisch-französisch-ukrainische Koproduktion „Gegen den Strom“ hat den 12. Lux-Filmpreis gewonnen, teilte EP-Präsident Antonio Tajani am 14. November bei der Preisverkündung in Straßburg mit.



Die beiden anderen Finalistenfilme für den diesjährigen Preis waren „Die andere Seite von allem“ („The Other Side of Everything“) und „Styx“.

Der LUX-Filmwettbewerb ist seit 2007 europäischen Filmproduktionen gewidmet und konzentriert sich auf Themen, die für die Europäische Union von grundlegender Bedeutung sind.

„[Gegen den Strom](#)“ („Woman at war“/„Kona fer í stríð“) des isländischen Regisseurs Benedikt Erlingsson ist ein politischer Film, die Geschichte eines starken Frauencharakters und eine Fabel über eine Musiklehrerin, die ein Doppelleben als engagierte Umweltaktivistin führt. Sie sieht ihre politischen Überzeugungen in Frage gestellt, als ihre Pläne zur Adoption eines Kindes in Erfüllung gehen



[Weitere Informationen über den Lux-Filmpreis 2018](#)

[Weitere Informationen über die ausgewählten Filme](#)

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



## Europäische Kommission – Förderung für umweltfreundlichere Busse in Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 14. November entschieden, dass die von Deutschland geplante Förderung für die Nachrüstung von Dieselnbussen, die im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht. Die Maßnahme kann zur Reduzierung der Stickoxidemissionen um mehr als 2000 Tonnen pro Jahr beitragen, ohne den Wettbewerb übermäßig zu verfälschen.

Deutschland wird für die Regelung 107 Mio. Euro zur Verfügung stellen, um in rund 90 Städten und Gemeinden, in denen 2016 oder 2017 die Stickoxid-Grenzwerte überschritten wurden, die Nachrüstung von Dieselnbussen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu unterstützen. Finanziert werden mit diesem Betrag System- und externe Einbaukosten der Nachrüstung von genehmigten Abgasnachbehandlungssystemen zur Reduzierung der Stickoxidemissionen.

Die Maßnahme ist Teil des „**Sofortprogramms Saubere Luft 2017 bis 2020**“ der Bundesregierung, das darauf abzielt, den Stickoxid-Ausstoß so schnell wie möglich zu reduzieren. Nach Auffassung der Kommission wird die staatliche Regelung Busunternehmen Anreiz bieten, in umweltfreundlichere Busse mit deutlich geringeren Stickoxidemissionen zu investieren. Die nachgerüsteten Busse sollen mindestens 85 Prozent weniger Stickoxide ausstoßen. Somit dürfte die geplante Unterstützung für die Nachrüstung von bis zu 7000 Dieselnbussen zu einer Verringerung der Stickoxidemissionen um schätzungsweise 2200 Tonnen pro Jahr führen. Dies dürfte, insbesondere in den Städten, rasch zur Verbesserung der Luftqualität und der öffentlichen Gesundheit beitragen.

Die Maßnahme steht auch mit der Mitteilung der Kommission von 2018 [„Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle“](#) im Einklang, nach der die EU-Beihilfavorschriften den Mitgliedstaaten einen Rahmen bieten, um Investitionen in emissionsarme und emissionsfreie Mobilität zu erleichtern und damit einen Beitrag zu sauberer Luft zu leisten und zugleich unsere Industrie wettbewerbsfähiger zu machen. Die Mitgliedstaaten können diese Vorschriften auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene anwenden, um Emissionen, beispielsweise im Straßenverkehr, wirksam zu bekämpfen.

Der Beschluss ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die EU-Beihilfavorschriften den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung zu fördern. Bereits im [Februar 2018](#) hatte die Kommission eine deutsche Beihilferegelung genehmigt, durch die der Erwerb von Elektrobussen und Plug-In-Hybridbussen anstelle von herkömmlichen Dieselnbussen im ÖPNV gefördert wird. Im [Mai 2018](#) genehmigte die Kommission für diese Maßnahme eine Mittelaufstockung.

Sobald alle Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz vertraulicher Daten geklärt sind, wird die nichtvertrauliche Fassung des Beschlusses im [Beihilfenregister](#) auf der [Website](#) der Generaldirektion Wettbewerb unter der Nummer SA.51450 zugänglich gemacht. Über neu im Internet und im Amtsblatt veröffentlichte Beihilfebeschlüsse informiert der elektronische Newsletter [State Aid Weekly e-News](#). • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt öffentliche Förderung in Höhe von 107 Mio. Euro für umweltfreundlichere Busse in Deutschland](#)





## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### EU-Satellitennavigation Galileo nun auch in den USA

Bürger und Unternehmen aus den USA können ab sofort auf die zivile EU-Satellitennavigation Galileo zugreifen. Das hat am 16. November die für Kommunikation zuständige US-Bundeskommission beschlossen. Die hochpräzisen Signale können künftig beispielsweise für vernetzte Fahrzeuge, die Navigation von Schiffen oder auch Smart Watches genutzt werden. „Diese Entscheidung beweist das Vertrauen der US-Regierung in die Vorteile und Leistungsfähigkeit von Galileo“, sagte EU-Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska. Für die weltweite Verfügbarkeit der Signale sorgen derzeit **26 Satelliten**.

Seit Dezember 2016 bietet Galileo Dienstleistungen für mehr als 400 Millionen Nutzer an. „Die Ausnahmeregelung wird die Marktakzeptanz von Galileo weiter erhöhen und den Bürgern und Unternehmen der USA zugutekommen“, sagte Bieńkowska.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte in seiner [Rede zur Lage der Union](#) von September 2018 betont: „Dank unseres Programms Galileo kann Europa beim Wettlauf im All mithalten. Kein einzelner Mitgliedstaat hätte dies allein erreichen können. Galileo, das ist vor allem – um nicht zu sagen ausschließlich – ein europäischer Erfolg. Ohne Europa, kein Galileo. Darauf sollten wir stolz sein“. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: [Daily News vom 16.11.2018](#)

[Factsheet zu Galileo \(auf Englisch\)](#)

[Weltraum: 26 Galileo-Satelliten im Orbit sorgen für bessere Signale für die EU-Satellitennavigation](#)

[EU-Haushalt nach 2020: Ein 16 Mrd. Euro schweres Weltraumprogramm zum Ausbau der Vorreiterrolle der EU bei Weltraumaktivitäten](#)

9

### Genschere - Wissenschaftliche Berater für Änderung des EU-Gentechnikrechts

Die [wissenschaftlichen Berater der Europäischen Kommission](#) sprechen sich für eine Überarbeitung des geltenden EU-Rechts zur Gentechnik aus, um dem aktuellen Stand der Forschung Rechnung zu tragen. Konkret geht es um eine Änderung der EU-Freisetzungsrichtlinie mit Blick auf neue Methoden des „gene editing“ (Genschere). Die zuständigen EU-Kommissare Carlos Moedas und Vytenis Andriukaitis begrüßten die am 13. November veröffentlichte Erklärung als Beitrag zu einer breiten und gut informierten öffentlichen Debatte zur Zukunft des EU-Rechtsrahmens zur Gentechnik.

Die Europäische Kommission analysiert derzeit ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Sommer zu neuen Gentechnikmethoden wie CRISPR/CAS und ist mit den EU-Mitgliedstaaten in Gesprächen über mögliche Konsequenzen. Zuletzt gab es während der Tagung des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel am 23./24. Oktober Diskussionen dazu. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: [Daily News vom 13.11.2018](#)

[Statement des Scientific Advice Mechanism \(SAM\) der Europäischen Kommission](#)



## Neuer Leitfaden über Studiengebühren und Beihilfen in ganz Europa

Wo in Europa kann man kostenlos studieren? In welchen Ländern ist ein Studium am teuersten? Welche Beihilfen gibt es für Studierende, und wer hat Anspruch darauf? Diese und andere Fragen beantwortet ein neuer Leitfaden über Hochschulgebühren und Studienbeihilfen in Europa.

„Wir möchten, dass junge Menschen im Ausland studieren, weil diese Erfahrung ihr Leben ungemein bereichert“, sagte EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics bei der Vorstellung des Jahresberichts des [Europäischen Bildungsnetzwerks Euridyce](#).

„Der neue Leitfaden enthält alle wichtigen Informationen über Studiengebühren und Beihilfen in jedem EU-Land. Wer ein Semester oder ein gesamtes Studium im Ausland plant, sollte sich den Leitfaden ansehen“, fügte der Kommissar an.

Alle europäischen Länder bieten ihren Studierenden mindestens eine Form der direkten öffentlichen finanziellen Unterstützung, Stipendien oder Darlehen an. In den meisten Ländern werden sozial oder wirtschaftlich benachteiligte Studierende vorrangig gefördert.

• *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

[Daily News vom 16.11.2018](#)

[Der vollständige Bericht in englischer Sprache](#)

10

## Europäische Säule der sozialen Rechte

Vor etwa einem Jahr, am 17. November 2017, haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf dem Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum in Göteborg die Europäische Säule der sozialen Rechte ausgerufen. Anlässlich des ersten Jahrestages erklärten Kommissionspräsident Juncker, Vizepräsident Dombrovskis und Sozialkommissarin Thyssen, dass bis zu den Europawahlen 2019 noch Verhandlungsfortschritte bei zahlreichen Regelungen zur sozialen Säule notwendig sind: „Die europäische Säule sozialer Rechte soll sich positiv auf den Alltag aller Europäerinnen und Europäer auswirken. Die Kommission nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, um die Grundsätze der Säule Wirklichkeit werden zu lassen.“

„Das Europäische Semester war noch nie so sozial wie heute, da die Säule ein fester Bestandteil des Verfahrens zur Überwachung des sozialen Fortschritts ist. Der Zyklus 2019, den wir in der kommenden Woche einläuten, wird dies zeigen“, heißt es weiter in der Erklärung.

„Die Kommission hat außerdem eine Reihe von Legislativvorschlägen vorgelegt, die allesamt zur Umsetzung der Säule beitragen werden. Allerdings werden mehrere unserer Vorschläge noch zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten verhandelt. Dies gilt insbesondere für die [Europäische Arbeitsbehörde](#), unsere Initiative zur [Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige](#), die neue [Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen](#) und die [Reform der Vorschriften über die Koordinierung der sozialen Sicherheit](#). Auch unser [Vorschlag für den nächsten EU-Haushalt, der die Mitgliedstaaten dabei unterstützen wird, in Menschen zu investieren](#), gehört dazu. Allein der



Europäische Sozialfonds Plus soll für den Zeitraum 2021 bis 2027 mit über 100 Mrd. Euro ausgestattet werden. Um unser gemeinsames Versprechen einzulösen, müssen wir zügig darauf hinarbeiten, all diese Projekte noch vor den Europawahlen im Mai 2019 abzuschließen. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft setzen wir uns entschlossen dafür ein, soziale Rechte zu schützen und zu fördern, die faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme heute und in Zukunft besser unterstützen.“

Die europäische Säule sozialer Rechte war von Präsident Juncker erstmals in seiner [Rede zur Lage der Europäischen Union 2015](#) angekündigt und [im April 2017 von der Kommission vorgestellt worden](#). Am 17. November 2017 proklamierten die führenden Politiker der Europäischen Union auf dem [Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum im schwedischen Göteborg](#) feierlich die europäische Säule sozialer Rechte.

Die europäische Säule sozialer Rechte enthält 20 Grundsätze und Rechte, die im Europa des 21. Jahrhunderts für faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unverzichtbar sind. Sie ist das erste Bündel von Rechten, das seit der Charta der Grundrechte von den EU-Institutionen proklamiert wird. Die Säule gibt uns den Mut, hohe Ziele zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger in der EU zu stecken.

Im Verlauf des letzten Jahres hat die Kommission mehrere Initiativen vorgelegt, die zur praktischen Umsetzung der Grundsätze der Säule beitragen sollen, darunter einen [Vorschlag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige](#), [neue Vorschriften im Bereich Arbeitsschutz](#), einen [Vorschlag für verlässlichere und transparente Arbeitsbedingungen](#) und einen Vorschlag für eine [Empfehlung zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige](#). Diese Vorschläge ergänzen frühere Initiativen der Juncker-Kommission im Sozialbereich, wie die [Förderung der Jugendgarantie](#), die Förderung der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt, die [Gewährleistung gleichen Lohns für gleiche Arbeit für entsandte Arbeitnehmer](#) und [Barrierefreiheit bei wichtigen Produkten und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung](#). • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Erklärung: Europäische Säule sozialer Rechte: Erklärung von Präsident Juncker, Vizepräsident Dombrovskis und Kommissarin Thyssen ein Jahr nach der Proklamation](#)  
[Informationsblatt: Die europäische Säule sozialer Rechte](#)  
[Informationsblatt: Soziale Prioritäten der Juncker-Kommission](#)  
[Website zur europäischen Säule sozialer Rechte](#)

## Nachdrückliche Unterstützung für UN-Migrationspakt bekräftigt

Bei der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in der vergangenen Woche in Straßburg bekräftigte die Europäische Kommission ihre nachdrückliche Unterstützung für den UN-Pakt über eine sichere und geordnete Migration. Im Namen der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, sprach sich der Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, Christos Stylianides, für einen multilateralen Ansatz bei der Bewältigung der weltweiten Migration aus. „In unserer globalisierten Welt kann die menschliche Mobilität nur von der gesamten internationalen Gemeinschaft wirksam angegangen werden. Es ist ein globales Phänomen, das globale Lösungen erfordert“, sagte Stylianides vor den Abgeordneten.



Das Abkommen sei das Ergebnis von zwei Jahren intensiver Konsultationen und Verhandlungen auf UN-Ebene unter Beteiligung von Regierungen und anderen Akteuren. Es ist das erste Abkommen auf internationaler Ebene über Migration. Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit bei der internationalen Migration sei notwendig, um sie sicher und geordnet zu gestalten, führte der Kommissar weiter aus.

Das Abkommen soll der auf einer **Regierungskonferenz am 10. und 11. Dezember 2018 in Marrakesch**, Marokko, angenommen werden. Von Beginn an haben sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten an den Diskussionen über Abkommen zur Migration beteiligt, da das Abkommen die europäischen Ziele weitgehend widerspiegelt. Das Abkommen wird es ermöglichen, die internationale Zusammenarbeit in all ihren Aspekten zu verbessern.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 14.11.2018](#)

[Die Rede von Kommissar Christos Stylianides im Wortlaut](#)

[Mehr Information zum UN-Migrationspakt \(link is external\)](#)

[Fragen und Antworten zum UN-Migrationspakt](#)

## Europäische Zahnärzte kritisieren Ausbreitung von Dentalketten – Systemrisiko zu Lasten des Patientenschutzes

Der Dachverband der Europäischen Zahnärzte (CED) hat auf seiner Vollversammlung am 16. November in Brüssel scharfe Kritik an von Finanzinvestoren betriebenen Dentalketten geäußert. Eine mit großer Mehrheit der CED-Delegierten verabschiedete EntschlieÙung warnt angesichts gravierender Negativbeispiele aus Frankreich, Spanien und Großbritannien vor einer zunehmenden Kommerzialisierung zahnärztlicher Leistungen in Europa.

Das CED sieht den Patientenschutz akut in Gefahr. Die vertrauliche Beziehung besteht stets zwischen Zahnarzt und Patient, so der CED in seiner EntschlieÙung. Finanzielle Überlegungen dürften diese Vertrauensbeziehung sowie die Behandlungsentscheidungen nicht beeinflussen. Aus Sicht des CED besteht im Falle großer Dentalketten zudem ein inhärentes Systemrisiko für die zahnärztliche Versorgung: Wenn Ketten oder Kapitalgesellschaften, die die zahnmedizinische Versorgung einer Region ganz oder teilweise sicherstellen, ihre Tätigkeit einstellen müssen, bestehe ein akutes Versorgungsrisiko. Dieses Problem ist in einigen EU-Mitgliedstaaten bereits aufgetreten.

Sollten Dentalketten in einzelnen EU-Mitgliedstaaten bereits heute rechtlich zulässig sein, dann empfiehlt das CED, dass diese Ketten nur von Zahnärzten geleitet werden, die auch in den Unternehmen arbeiten.

Dr. Peter Engel, Mitglied der deutschen CED-Delegation und Präsident der BZÄK, begrüÙt die EntschlieÙung zu den Dentalketten: „Wir haben bereits heute besorgniserregende Entwicklungen bei den Dentalketten in vielen EU-Mitgliedstaaten. Auch in Deutschland sind Dentalketten auf dem Vormarsch. Wir dürfen nicht die gleichen Fehler machen, wie andere Länder. Patientenschutz muss vor Renditeinteressen gehen“, so Engel. [www.bzaek.de](http://www.bzaek.de)

• *eag Quelle: PM BZÄK vom 19. November 2018*





## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Tagung der Arbeitsgruppe Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz am 14. und 15. November 2018 in Brüssel

Am 14. und 15. November 2018 fand die Sitzung der Arbeitsgruppe Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz im Charlemagne-Gebäude der EU-Kommission (EU-KOM) und in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel statt. Die Vertreter der Landesjustizministerien und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sowie Gäste aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union hörten Vorträge von Fachexperten der EU-KOM zu ausgewählten Themen mit strafrechtlichem und strafprozessrechtlichem Bezug.

Frau Katarina Cutuk von der Generaldirektion (GD) Justiz und Verbraucher gab einen Überblick über die Maßnahmen der EU-KOM im Rahmen der Europäischen Sicherheitsunion und des Kampfs gegen den Terrorismus und sprach u.a. die Bereiche Umweltkriminalität und Cybercrime sowie Interoperabilität für die Zukunft der EU an.



Danach erläuterte Herr Adam Juszczyk aus dem Referat Allgemeines Strafrecht der GD Justiz und Verbraucher den derzeit stattfindenden Aufbau der Europäischen Staatsanwaltschaft, die ihre Tätigkeit Ende 2020 aufnehmen sollte. Das Auswahlgremium zur Empfehlung des Europäischen Generalstaatsanwaltes sollte sich noch vor Weihnachten treffen, um das Ernennungsverfahren bis April vor Ende der Legislaturperiode durchzuführen.

Frau Patricia Hamel aus der GD Justiz und Verbraucher, Referat Strafprozessrecht, referierte zum TOP e-Evidenz und ging vor allem auf die kritischen Punkte der Vorschläge zum grenzübergreifenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln ein. Die sog. Notifikationslösung und der Schutz von Grundrechten der Betroffenen, deren Daten grenzübergreifend bei Service Providern erhoben werden sollen, führten zu einer lebhaften Diskussion.

Zur Interoperabilität von Datenbanken führte Herr Philippe Van Triel von der GD Migration und Inneres des Referats Informations-Systeme für Grenzen und Sicherheit aus. Er referierte u.a. zum geplanten hit/ no-hit-Verfahren für Anfragen in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auch in Datenbanken, die nicht vorrangig der Strafverfolgung dienen.





Herr René Steiner aus der GD Migration und Inneres, Referat Cyberkriminalität, berichtete über die Arbeit der EU-KOM zur Verschlüsselung im Zusammenhang mit schwerer und organisierter Kriminalität. Gesetzgebungsvorschläge seien derzeit nicht geplant, dafür aber eine Reihe untergesetzlicher Maßnahmen.

Zum Verhandlungsstand und Inhalt der EU-Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche berichtete Herr Joeren Blomsma, GD Migration und Inneres, aus dem Bereich Terrorismus und Radikalisierung. Zum Stand des Vorschlags für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln referierte Herr Michele Socco aus der gleichen GD, Referat Cyberkriminalität. Die Trilogverhandlungen befänden sich mittlerweile in der zweiten Runde.

Am zweiten Tag tagte die Gruppe in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts und hörte zur Zukunft der Europäischen Union, besonders zum Strafprozessrecht in der Justizpolitik, die Direktorin für Strafjustiz in der EU-KOM, Frau Alexandra Jour-Schroeder aus der GD Justiz und Verbraucher. Sie kündigte an, den Fokus auf ein geeignetes Verhältnis von Harmonisierung und gegenseitiger Anerkennung des nationalen Rechts für die Bereiche Straf- und Strafprozessrecht legen zu wollen.



Schließlich trug Herr Stefan Führung von der Task Force Brexit mit einem aktuellen Beitrag zu den Auswirkungen des Brexit auf die Zusammenarbeit bei Ermittlung und Strafverfolgung bei. Beiden Vorträgen schloss sich jeweils eine intensive Fragerunde an, so dass die Besucher im Anschluss bereits mit einigen Antworten im Gepäck wieder den Rücktritt antreten konnten.

• ml Fotos: ls

## Informationsveranstaltung Erasmus+ am 15. November 2018 in Magdeburg „Andersartigkeit nicht als Bedrohung, sondern als Chance begreifen ...“

Am Donnerstag, den **15. November** führte die EU Service-Agentur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt in Kooperation mit dem Bildungsministerium Sachsen-Anhalt eine Informationsveranstaltung zum EU-Aktionsprogramm Erasmus+ in den Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung durch. Unter den rund 60 Teilnehmenden befanden sich Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten Bildungssektoren. Im Fokus der Veranstaltungen standen die Fördermöglichkeiten für Institutionen aus





den Bereichen der Schul-, Berufs- und Erwachsenenbildung. Neben der Präsentation der Neuerungen in den Bereichen „Mobilitäten“ und „Strategische Partnerschaften/Schulpartnerschaften“ wurde die Veranstaltung insbesondere durch zahlreiche Berichte aus der Praxis bereichert.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete der Vortrag von Stefan Schaaf vom Pädagogischen Austauschdienst. Als Vertreter der Nationalen Agentur für Erasmus+ im Schulbereich konnte Herr Schaaf aus erster Hand die Teilnehmenden über die Neuerungen des Programms unterrichten und die Anwesenden vor allem auch von den Vorzügen des Programms und den



daraus resultierenden Chancen für die institutionellen Weiterentwicklung der Schulen



überzeugen. Großes Interesse zog darüber hinaus auch der – selbstverständlich vorbehaltliche – Blick auf die Zukunft von Erasmus+ ab dem Jahr 2021 auf sich. Auch wenn vieles noch in den Sternen steht, so kann auf jeden Fall davon ausgegangen werden, dass Erasmus+ allgemein – sowie auch der Bereich Schule/vorschulische Bildung im Speziellen – in der neuen Förderperiode eine deutliche Aufwertung erfahren wird. Nicht zuletzt ließe sich das an der Tatsache ablesen, dass eine nahezu Verdopplung des gesamten Budgets auf rund 30 Mrd. Euro geplant sei.

Abschließend lässt sich festhalten, dass das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ für die ganz unterschiedlichen Bildungssektoren eine hervorragende Möglichkeit bietet, die eigene Institution wie natürlich auch die individuellen Personen in Austausch mit europäischen Partnern zu bringen. Gegenseitiges Voneinander-Lernen sowie der berühmte „Blick über den eigenen Tellerrand“ werden aktiv gefördert. Erasmus+ leistet somit einen ganz wesentlichen Beitrag zum nachhaltigen Zusammenwachsen der Europäischen Union und zeigt auf, dass Andersartigkeit nicht als Bedrohung, sondern vielmehr als Bereicherung wahrgenommen werden sollte.



Nutzen also Sie die vielfältigen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten von Erasmus+.

Alle Präsentationen sowie eine Bildergalerie stehen unter [www.eu-serviceagentur.de/termine-veranstaltungen/termin/?uid=621](http://www.eu-serviceagentur.de/termine-veranstaltungen/termin/?uid=621) zur Verfügung. • *Gastartikel*

## Europäische KMU-Woche 2018

Wachstum in Europa ist nicht denkbar ohne die 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie machen mit 99,8 Prozent den Großteil der Unternehmen in der EU aus und gelten nicht von ungefähr als das Rückgrat der Wirtschaft sowie als Basis für Innovationen, Wettbewerb und Arbeitsplätze. Vom 18. bis 25. November 2018 findet daher bereits zum neunten Mal europaweit die KMU-Woche statt. Ziel der von der EU-Kommission 2009 ins Leben gerufenen Initiative ist es, den Unternehmergeist der Menschen in Europa zu



stärken und bestehende Unternehmen über verfügbare Unterstützungsangebote auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu informieren. Die KMU-Woche wird begleitet von einer Vielzahl an Veranstaltungen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene, insgesamt nehmen 37 Länder daran teil.

Den Höhepunkt der KMU-Woche bildet die KMU-Versammlung, die dieses Jahr **vom 19. bis 21. November** unter dem Motto „Connect. Share. Innovate.“ im österreichischen Graz stattfand. Die Konferenz, die als wichtigste KMU-Veranstaltung in Europa gilt, bietet Politik, KMU-Vertretern und Unternehmen alljährlich eine Austausch- und Diskussionsplattform und ermöglicht ihnen, an der Konzeption politischer Maßnahmen mitzuwirken. Günther Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, sowie Dr. Margarete Schramböck, österreichische Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaft, eröffneten die Konferenz feierlich. Oettinger betonte dabei, dass KMU nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern auch ein Kulturgut seien. KMU und große Industriebetriebe seien zudem keine Konkurrenten, sondern ergänzten sich wie das Beispiel der Automobilzulieferer zeige.



Der Ausschuss der Region präsentierte sich ebenfalls auf der KMU-Versammlung. Im Rahmen der Konferenz fiel der Startschuss für den vom Ausschuss der Regionen ausgelobten Preis Europäische Unternehmerregion. Bei diesem Projekt werden EU-Regionen ermittelt und ausgezeichnet, die ungeachtet ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Kompetenzen einen herausragenden und innovativen unternehmerischen Strategieplan haben. Den Regionen mit dem überzeugendsten Konzept wird die Auszeichnung Europäische Unternehmerregion verliehen. Aktuell gibt es den Preis für das Jahr 2020 zu vergeben. Bisher konnten insgesamt 27 europäische Regionen ausgezeichnet werden, so z.B. Brandenburg im Jahr 2011. • dw

Weitere Informationen:

KMU-Woche: [hier](#)

KMU-Versammlung: [hier](#)

Europäische Unternehmerregion: [hier](#)

## Seminarreise „Europäische Institutionen im Blick I“

Die europäischen Institutionen fest im Blick hatten die Teilnehmer einer **vom 19. bis 21. November** durchgeführten Seminarreise im Rahmen der erstmalig aufgelegten, modularen Qualifizierungsmaßnahme „Europa und Internationales“ für Nachwuchsführungskräfte aller Ressorts.

Herr Thomas Wobben, seit 2012 Direktor für Legislativtätigkeiten im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) und zuvor langjähriger Leiter der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union (EU), gab einen umfassenden Einblick in die Funktions- und Arbeitsweise dieses beratenden Gremiums im institutionellen Gefüge der EU, das sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 28 Mitgliedsländer zusammensetzt. Sachsen-Anhalt, das im AdR durch den Bevollmächtigten des Landes beim Bund, Staatssekretär Dr. Michael Schneider und Tilman Tögel, Mitglied des Kreistags Stendal, vertreten wird, verfügt, wie die





Ausführungen von Herrn Wobben verdeutlichten, mit dem AdR über ein bedeutendes Instrument, seinen Anliegen in Brüssel Gehör zu verschaffen. So ist die wichtigste Aufgabe des AdR die Erarbeitung von Stellungnahmen, in denen herausgehoben wird, in welchen Punkten der Ausschuss mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission übereinstimmt und in



welchen Punkten er Änderungen für notwendig hält. Ausführlich stellte Herr Wobben auch die Arbeit der von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingesetzten *Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“* vor, die u.a. Empfehlungen für eine bessere Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit auf EU-Ebene erarbeiten sollte. In ihrem im Juli vorgelegten Abschlussbericht

spricht sich die Taskforce, der wiederum Herr Staatssekretär Dr. Schneider als einer von nur drei Vertretern des AdR angehörte, für ein vermehrtes Mitspracherecht der lokalen, regionalen und nationalen Behörden bei der Politikgestaltung der EU aus.

Einen praxisnahen Einblick in den Arbeitsalltag eines EU-Parlamentariers erhielten die Teilnehmer der Seminarreise von MdEP Arne Lietz (SPD). Lietz, der 2014 erstmals ins Europäische Parlament einzog und dort ordentliches Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie im Entwicklungsausschuss ist, lobte einerseits die überparteiliche und zumeist sachorientierte Zusammenarbeit eines Großteils der Europaparlamentarier, ging andererseits aber auch auf die Herausforderungen für die Parlamentsarbeit



durch die Anwesenheit europaskeptischer bzw. europafeindlicher Abgeordneter ein. Mit Blick auf die Europawahl 2019 warb Lietz für mehr politische Bildung und Aufklärung über die Arbeit der EU und warf schließlich die Frage auf, wie Jungwähler im kommenden Jahr zur Stimmabgabe motiviert werden könnten. Eine kurze Führung durch das beeindruckende Parlamentsgebäude bildete den Abschluss dieses Programmpunkts.

Nicht weniger als zehn Sprachen beherrscht Dr. Béla Béres, der in einem lebendigen und mit feinsinnigem Humor durchzogenen Vortrag die Europäische Kommission (Kommission) als das ausführende Organ der Union, also die Exekutive der EU, vorstellte. Herr Béres, der dem Juristischen Dienst angehört, skizzierte anschaulich die Beziehungen der Kommission zu den anderen europäischen Organen und Einrichtungen und ging auch auf aktuelle Problemlagen, Stichwort „Brexit“, ein. Bei einem informativen Rundgang durch das Berlaymont-Gebäude, das u.a. die Büros des Präsidenten der Kommission und der übrigen 27 Kommissare, sowie ihrer persönlichen Mitarbeiter beherbergt, konnten der berühmte Pressesaal und der Friedensnobelpreis, den die EU im Jahr 2012 für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa erhalten hatte, in Augenschein genommen werden.





Des Weiteren gewährten das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Person von Herrn Referatsleiter Dr. Frank Michlik, und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, vertreten durch Frau Juliane Thümmel, in Fachvorträgen interessante Einblicke in ihre jeweiligen Zuständigkeits- und Aufgabenbereiche.



Eine angeregte Diskussion über die EU-Berichterstattung im Spannungsfeld zwischen Gleichgültigkeit, „nationaler Brille“ und Europaskeptizismus entspann sich mit MDR-Korrespondent Malte Pieper bei einem Besuch im ARD-Studio Brüssel. Herr Pieper, der seit 2015 in Brüssel lebt und arbeitet, illustrierte zudem gekonnt, dass sein Berichtsgebiet, nämlich Belgien, Luxemburg und die Niederlande, noch weit mehr zu bieten hat als nur EU und NATO.

Zum Abschluss der Seminarreise galt der große Dank der Teilnehmer dem Team der Landesvertretung Brüssel für die Ermöglichung eines lehrreichen Programms, das neben den bereits erwähnten Punkten auch eine Führung durch das erst 2017 eröffnete Haus der Europäischen Geschichte und eine Teilnahme am Weinfest der Hessischen Landesvertretung vorsah. • *drms Fotos: rs und Denise Vopel*



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHE KOMMISSION Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) — Ausschreibung der Stelle des Europäischen Generalstaatsanwalts (m/w)— Luxemburg — Bedienstete/r auf Zeit— Besoldungsgruppe AD 15
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 418 A vom 19. November 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:418A:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:418A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>14. Dezember 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Die Bewerbung kann in jeder der 24 Amtssprachen der Union eingereicht werden. Ihre Bewerbung ist erst vollständig, wenn Sie Ihren Lebenslauf und ein Bewerbungsschreiben an folgende E-Mail-Adresse geschickt haben: <a href="mailto:EU-EPPO-SELECTION-ECP@ec.europa.eu">EU-EPPO-SELECTION-ECP@ec.europa.eu</a> . Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine E-Mail, in der bestätigt wird, dass ihre Bewerbung registriert wurde. Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: <a href="mailto:EU-EPPO-SELECTION-ECP@ec.europa.eu">EU-EPPO-SELECTION-ECP@ec.europa.eu</a> .

## College of Europe – Stipendien

19

Auch für das akademische Jahr 2019/2020 vergibt die Europäische Bewegung Deutschland e. V. (EBD) wieder Studienplätze und Stipendien für das College of Europe. Etwa **30** deutsche Hochschulabsolventinnen und –absolventen haben die Chance, ein zehnmonatiges Aufbaustudium in Politik, Recht, Wirtschaft, Internationale Beziehungen oder Interdisziplinären Studien zu absolvieren.

**Bewerbungsschluss ist der 16. Januar 2019** (online)

Informationen und Bewerbungsunterlagen finden Sie unter: <http://www.netzwerk-ebd.de/coe> sowie <http://www.coleurope.eu>

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 9. November 2018*



Brugge

College of Europe  
Collège d'Europe



Natolin



## Ausschreibung zur Initiative „Europäisches Kulturerbe-Siegel“ veröffentlicht

Mit dem [Europäischen Kulturerbe-Siegel](#) werden Kulturerbestätten ausgezeichnet, die die europäische Einigung sowie die Ideale und die Geschichte der EU in besonderer Weise symbolisieren. Die aktuelle Ausschreibung „**Konzeption und Management von Netzwerkaktivitäten und Kapazitätsaufbau für Europäische Kulturerbestätten**“ soll die Vernetzung dieser Stätten fördern. Dahinter steht das Ziel, das Bewusstsein der europäischen Bürger\*innen - insbesondere das junger Menschen - für die europäische Geschichte, für ihr Kulturerbe und für gemeinsame europäische Werte zu sensibilisieren, aber auch die Wertschätzung für nationale und regionale Vielfalt zu erhöhen und den interkulturellen Dialog anzuregen. Gesucht wird eine koordinierende Stelle (Bewerbung als einzelne Organisation oder im Konsortium möglich), die Aktivitäten zwischen den geförderten Kulturerbestätten im Sinne der Ziele der Initiative lanciert, das Netzwerk ausbaut und den Austausch von bewährten Maßnahmen unterstützt.

[Weitere Informationen](#)

**Einreichfrist: 03.01.2019, 13 Uhr MEZ (Zeit Brüssel)**

• *eag Quelle: Creativ Europe Desk Newsletter 13/2018*







# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

<b>Programm Profiltyp Land</b>	<b>Kontakt und Details</b>	<b>Kurzbeschreibung / Stichworte</b>
<b>Forschungsgesuch – EUREKA/Eurostars2</b>  Enterprise Europe Network  Korea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Isabell Rohde E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a>	<p>Gesucht wird eine Forschungsk Kooperation für eine vergleichende Studie zu Hypercholesterinämie- und Arteriosclerose-Modellen von arteriellen Gefäßen auf On-Chip-Systemen und Tiermodellen</p> <p>Ein koreanischen KMU, spezialisiert auf die Produktion von chemischer Medikation mit natürlichen Produkten, sucht Partner für ein EUREKA/EUROSTAR2 Projektantrag. Die derzeitigen Forschungen im Unternehmen zu Gefäßen On-Chip sind der Basis für dieses Projekt. Die gesuchten Partner sollten Unternehmen oder Forschungsinstitute sein mit einer Spezialisierung auf die Produktion chemischer Medikation.</p> <p>Nähere Informationen:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/53b49159-1e77-4548-a892-db1ddbbd5ade">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/53b49159-1e77-4548-a892-db1ddbbd5ade</a></p> <p>Referenznummer: RDKR20181107001</p>
<b>Technologiegesuch</b>  Enterprise Europe Network  Schweden	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Isabell Rohde E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a>	<p>Hersteller optischer Fasern</p> <p>Ein schwedisches KMU, entwickelt und verkauft Forschungsgeräte basierend auf der eigenen Entwicklung von NanoPlasmonic Sensing Technologie, sucht Hersteller optischer Fasern, welche auch in schwierigen Umfeldern nutzbar sind. Gesucht werden Partner für eine Herstellvereinbarung bzw. für eine technische Zusammenarbeit</p>



		<p>Nähere Informationen:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/16c8db92-4626-4471-9b7d-59748b3f5577">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/16c8db92-4626-4471-9b7d-59748b3f5577</a></p> <p>Referenznummer: TRSE20180208001</p>
<p><b>Geschäftliches Gesuch</b></p> <p>Enterprise Europe Network  Sachsen-Anhalt</p> <p>Enterprise Europe Network  Griechenland</p>	<p>Isabell Rohde  E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a></p>	<p>Ein Griechisches Ingenieurunternehmen sucht neue Lieferanten für Heizungsanlagen und Energiesparsysteme</p> <p>Das griechische Unternehmen, aktiv auf dem Gebiet der Energiesparsysteme, möchte sich gegenwärtig erweitern im Bereich Einzelhandel. Es sucht Lieferanten für Solarwasserheizung, Heizungsanlagen, Wärmepumpen, Boiler, Energiesparanlagen, Energieüberwachung, Heizungsinstallation etc. Die Produkte sollten effizient und wettbewerbsfähig sein. Das Unternehmen ist an einer Vertriebs- und Kundendienstvereinbarung interessiert.</p> <p>Nähere Informationen:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/5f022200-2fd7-4921-b054-e654e9c9b137">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/5f022200-2fd7-4921-b054-e654e9c9b137</a></p> <p>Referenznummer: BRGR20181102001</p>
<p>Weitere internationale Kooperationsangebote, übersetzt und nach Branchen sortiert, finden Sie auch in unseren monatlich erscheinenden "Eurokontakten" unter: <a href="https://een-sachsen-anhalt.de/news-medien/veroeffentlichungen.html">https://een-sachsen-anhalt.de/news-medien/veroeffentlichungen.html</a></p>		
<p>Die folgenden Partnergesuche erreichten die LV Brüssel via E-Mail</p>		
<p>CULTURE  Greece</p>	<p>Ms Evangelia DIMITRIADOU  REGIOEUROPA  Rue d' Arlon 38  B-1000 Brussels, Belgium  Tel: +32(0)2/234.36.00  Fax: +32(0)2/230.92.66  e-mail:  <a href="mailto:regioeuropa@skynet.be">regioeuropa@skynet.be</a>  Website:  <a href="http://www.regioeuropa.net">www.regioeuropa.net</a></p>	<p>"Ekkokistirio Ideon", a non-profit organization in the city of Veria (Region of Central Macedonia, Northern Greece), is planning to participate, as partner, in the sub-programme Culture (CREATIVE EUROPE).</p> <p>The objective is to participate as partner in a project which will enhance and develop the common European cultural heritage through</p>



		the valorisation of dismissed industrial buildings, former textile industries.
Erasmus+ KA1 - Mobility of learners and staff - PROMOTION OF YOUTH VOLUNTEERING	In you are interested in this project, please contact Ms. Sole Calderón: <a href="mailto:scalderon@bolunta.org">scalderon@bolunta.org</a>	<p>The <a href="#">Centre for Volunteering and Social Participation of Bizkaia</a>, Spain, is looking for partners (NGOs, networks, public administrations or universities) from any EU member state which are involved in promoting voluntary work among local communities. The project concerns the promotion of youth volunteering and it will be submitted to the call for proposals 2019 within the <a href="#">Erasmus+ programme Key Action 1 (KA1) — Learning mobility of individuals</a>.</p> <p>The project has two objectives:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• To share experiences and good practices on volunteering promotion.</li><li>• To develop new methodologies and skills for volunteering workers in order to engage young volunteers as a way of building citizenship and new opportunities for young people.</li></ul> <p>The foreseen activities are:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Transnational seminars to exchange practices.</li><li>• Training on skills for volunteering workers.</li></ul>



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### Tipp - Eine Zusammenfassung der Informationen zur Brüsseler Umweltzone

In Brüssel wurde am 1. Januar 2018 eine Umweltzone (Low Emission Zone - LEZ) eingeführt. In einer ersten Phase gilt das Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge mit den Schadstoffnormen Euro 0 und Euro 1. Dies betrifft vor allem Dieselfahrzeuge (PKWs, Lastwagen ≤ 3,5 Tonnen Kategorie N1, Busse und Reisebusse). Sowohl belgische als auch ausländische Fahrzeuge fallen unter diese Regelung.

Die gesamte Region Brüssel-Hauptstadt ist zur Umweltzone geworden, 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche.

Stufenweise wird das Verbot für schadstoffreiche Autos auch auf weitere Euro-Normen sowie auf Fahrzeuge mit Benzinmotor oder mit Erdgas- oder Autogasantrieb (CNG- und LPG-Antrieb) ausgeweitet werden (siehe Übersichtstabelle weiter unten). Bis 2022 soll die Umweltzone vollständig eingerichtet sein, um 2025 noch einmal verschärft zu werden. Schilder an den Einfallswegen weisen auf die LEZ hin.

Vom 1. Januar bis zum 30. September 2018 galt eine Übergangsperiode, in der die Verkehrsteilnehmer auf die LEZ aufmerksam gemacht wurden. Seit dem 1. Oktober 2018 wird nun bei Verstößen gegen die Umweltzone ein Bußgeld von 350 Euro erhoben.

**Seit diesem Tag müssen alle Fahrzeuge, also auch Fahrzeuge, die im Ausland zugelassen sind und Umweltzonen-konform sind, vor dem Befahren der Umweltzone registriert sein.**

Die kostenlose Registrierung geschieht online über die Website <http://lez.brussels>

Die Links finden Sie hier:

<https://www.lez.brussels/en/content/registration>

<https://www.lez.brussels/fr/content/enregistrement>

<https://www.lez.brussels/nl/content/registratie>

**Ausnahme:** Es gibt acht Mal pro Jahr die Möglichkeit zu einer Sondergenehmigung. Der dafür erforderliche Tagespass kann online bestellt werden.

<https://lez.brussels/en/content/day-pass>

<https://lez.brussels/nl/content/dagpas>

<https://lez.brussels/fr/content/pass-dune-journ%C3%A9>

(Die Belgische Botschaft übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben.)

• *eag Quelle: Nachbar Belgien Oktober 2018*





## GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Lettland feierte am vergangenen Sonntag seinen 100. Geburtstag. Nach dem Ende der deutschen Besatzung während des Ersten Weltkrieges erklärte sich Lettland am 18. November 1918 erstmals für unabhängig. Doch schon zu Beginn des Zweiten Weltkrieges geriet der junge Staat unter Druck: Zunächst erfolgte die Okkupation Lettlands 1940 durch die Sowjetunion, ein Jahr später durch das Deutsche Reich. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Lettland wieder von der Sowjetunion besetzt und als Lettische SSR der Sowjetunion völkerrechtswidrig angegliedert. Seitdem Lettland seine Unabhängigkeit 1991, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wiedererlangt hat, wird der 18. November ausgiebig zelebriert.



- 1.) Wann trat Lettland der Europäischen Union bei?
  - a) 1. Mai 1995
  - b) 1. Mai 2003
  - c) 1. Mai 2007
  
- 2.) Was wird am sogenannten Jani-Fest in Lettland gefeiert?
  - a) Die 2. Unabhängigkeit Lettlands 1991. Jani heißt auf Lettisch Freiheit.
  - b) Der Tag des Bärenjägers Lāčplēsis, dem Nationalhelden Lettlands.
  - c) Die Mittsommernacht, nach dem Julianischen Kalender am Hochfest Johannes des Täufers.
  
- 3.) Was ist Ventas Rumba?
  - a) Ein unregelmäßig rotierender Wind, der besonders in Küstengebieten aufgrund von plötzlich abfallendem bzw. steigendem Luftdruck auftritt.
  - b) Spanisch für Hamstereinkäufe vor Festtagen (ventas: span. für Einkäufe und rumba: span. für ausgelassene Feste)
  - c) Der breiteste Wasserfall Europas am Fluss Venta.





Antworten:

- 1.) b) Lettland trat am 1. Mai 2003 der Europäischen Union bei. Dafür fand am 20. September 2003 ein Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union statt. Mit einer Wahlbeteiligung von 71,5% stimmte die Mehrheit mit 66,97% für den Beitritt Lettlands zur Europäischen Union. Am 1. Januar 2014 führte Lettland dann als zweiter der baltischen Staaten den Euro ein. Lettland entsendet acht Mitglieder in das Europäische Parlament. Lettland hat Valdis Dombrovskis als Mitglied der Europäischen Kommission benannt. Er ist außerdem Vizepräsident mit Zuständigkeit für den Euro und den sozialen Dialog sowie für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion. Falls Sie Fragen zu Lettland oder anderen europäischen Themen haben, wenden Sie sich gern an ihr Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle unter [info@europedirect-halle.de](mailto:info@europedirect-halle.de) oder besuchen Sie uns in unserem Besucherzentrum in der Herrenstr. 20 in Halle.
  
- 2.) c) Vom 23. Bis 24. Juni wird in Lettland Jani – die lettische Version der Mittsommernacht – mit Fackeln und traditionellen Trachten gefeiert. In Lettland ist diese Feier wichtiger als Weihnachten. An diesem Tag schmücken sich die Frauen mit Blumenkränzen, während die Männer Kränze aus Eichenlaub tragen, welche den Ursprung des Lebens nachahmen sollen. Traditionell wird beim Jani-Fest Kümmelkäse und Bier gereicht, wodurch allen „Johanneskindern“ (lettisch: jāņu bērns) in Kombination mit Singen und Tanzen die Segnungen der Natur zuteilwerden sollen. Höhepunkt des Jani-Festes sind die Johannesfeuer, die vor dem Sonnenuntergang angezündet werden und bis zum Sonnenaufgang lodern. Das Johannesfeuer wird als reinigend und für Gesundheit und Fruchtbarkeit als förderlich betrachtet. Außerdem soll es alles Übel von den durch das Feuer beleuchteten Feldern, Häusern, Menschen und Tieren vertreiben.
  
- 3.) c) Ventas Rumba gilt als der breiteste Wasserfall Europas. Das Wasser der Venta stürzt auf einer Breite von 240 Metern über eine Dolomitbarriere, die Fallhöhe beträgt je nach Wasserstand 180 bis 220 Zentimeter. Damit ist er fast doppelt so groß wie der Rheinfall. Der Wasserfall wurde als der Ort bekannt, an dem sich „Lachse aus der Luft fangen lassen“. Ventas Rumba befindet sich in der historischen Landschaft Kurzeme (Kurland) in Lettland.



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Michael Scheithauer (DrMS)	Hospitant	...16	<a href="#">E-Mail</a>
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Robin Svoboda (RS)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

